Hinweise für Leserinnen und Leser

Farbleitsystem

Zur besseren Übersicht bei der Lektüre gibt es für den Hamburger Bildungsbericht ein Farbleitsystem. Für die Kapitel A (blau), B (rot), C (grün) und D (orange) werden jeweils unterschiedliche Farben verwendet, sodass auf den ersten Blick deutlich wird, zu welchem Abschnitt ein Indikator gehört.

Marginalien

Marginalien als kurze, zentrale Informationen Die Kernaussagen jedes Indikators werden als Textbausteine (Marginalien) rechts bzw. links neben dem zugehörigen Fließtext hervorgehoben.

Methodische Erläuterungen

Ein **(M)** in einer Textpassage verweist auf die "Methodischen Erläuterungen" am Ende eines jeden Indikators, in denen methodische und begriffliche Erläuterungen zusammengefasst werden.

Abbildungen und Tabellen

Bei Verwendung von grafischen Darstellungen oder Tabellen wird im Fließtext auf die entsprechende Abbildung oder Tabelle verwiesen. Beispiel: Abb. C1.1-2 ist im Indikator C1 "Angebote und Beteiligung im allgemeinbildenden Schulsystem" im Abschnitt 1 die zweite Abbildung. Eine Reihe von Tabellen und Abbildungen sind im Anhang zu finden. Auf sie wird mit dem Zusatz "-Anhang" (z. B. Tab. C1.1-Anhang) verwiesen. Alle Abbildungen und Tabellen sowie die Methodischen Erläuterungen sind durch einen hellgrauen Untergrund vom Text abgesetzt.

Zeichenerklärung für fehlende Werte in den Tabellen

- / = keine Angabe (unsicherer Zahlenwert oder zu kleine Stichprobe)
- = keine Daten verfügbar
- X = Kategorie nicht zutreffend
- = nicht vorhanden

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Glossar und Kurzbezeichnungen

Im Glossar werden einige ausgewählte grundlegende Begriffe erläutert, die indikatorenübergreifend relevant sind. Im Verzeichnis der Kurzbezeichnungen werden alle in den Tabellen und Abbildungen verwendeten Abkürzungen erläutert. Finden sich Abkürzungen nicht im Verzeichnis, sind sie in der Erläuterung der Tabellen und Abbildungen aufgeführt.

Glossar

Allgemeinbildende Schulen

Allgemeinbildende Schulen vermitteln im Primarbereich die Grundlagen für eine weiterführende Bildung, im Sekundarbereich I und II eine allgemeine Grundbildung bzw. vertiefte Allgemeinbildung. Zu den allgemeinbildenden Schulen gehören in Hamburg Grundschulen, Haupt- und Realschulen, integrierte Haupt- und Realschulen, kooperative Gesamtschulen, integrierte Gesamtschulen, Gymnasien, Abendhauptschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs sowie → Sonderschulen.

Allgemeine Schulen

sind alle \rightarrow allgemeinbildenden Schulen ohne \rightarrow Sonderschulen

Ausländerinnen und Ausländer

Ausländerinnen und Ausländer sind Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Berufsbildende Schulen

Berufsbildende Schulen bilden den Übergang zwischen → allgemeinbildenden Schulen und Beschäftigungssystem und vermitteln zusätzlich spezifisches Fachwissen. An den berufsbildenden Schulen können berufsqualifizierende Abschlüsse (z. B. Berufsabschlüsse der Berufsschule und der Berufsfachschule) ebenso erworben werden wie studienqualifizierende Abschlüsse (z. B. Fachhochschulreife an der Fachoberschule und Fachschule und die allgemeine Hochschulreife beruflichen Gymnasium). am Abschlüsse der → allgemeinbildenden Schulen können bei erfolgreichem Besuch einer berufsbildenden Schule zuerkannt werden. In Hamburg werden folgende sechs berufsbildende Schulformen angeboten: Berufsvorbereitungsschule, Berufsfachschule, Berufsschule, Fachoberschule, Fachschule, berufliches Gymnasium.

Förderschulen → Sonderschulen

Migrationshintergrund → Migrationshinweis

Migrationshinweis

Da der regelmäßig verwendete Begriff "Migrationshintergrund" in verschiedenen Zusammenhängen unterschiedlich operationalisiert wird, wird im Hamburger Bildungsbericht der Begriff "Migrationshinweis" verwendet und folgendermaßen definiert: Ein Migrationshinweis liegt bei Schülerinnen und Schülern dann vor, wenn mindestens eines der folgenden drei Merkmale zutrifft: keine deutsche Staatsangehörigkeit, Aussiedler, die überwiegend gesprochene Sprache (früher: "Herkunftssprache") ist nicht Deutsch. Von dieser Definition kann in einzelnen Indikatoren abgewichen werden, wenn dies aufgrund der Datenlage erforderlich ist. Mit der Definition im Hamburger Bildungsbericht ist der "Migrationshinweis" etwas enger gefasst als der durch die KMK oder das Statistische Bundesamt im Rahmen der Mikrozensus-Erhebungen zugrundegelegte "Migrationshintergrund". Gemäß KMK-Definition ist ein Migrationshintergrund bei Schülerinnen und Schülern dann anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden drei Merkmale zutrifft: keine deutsche Staatsangehörigkeit, nichtdeutsches Geburtsland, nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld (auch wenn der Schüler/die Schülerin die deutsche Sprache beherrscht) (vgl. KMK, Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2008 (2), S. 29).

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine laufende Repräsentativstatistik über Bevölkerung und Arbeitsmarkt. Der Mikrozensus ist eine amtliche Statistik, die im Zusammenhang und in tiefer fachlicher Gliederung Angaben über die Bevölkerung, ihre Struktur, ihre wirtschaftliche und soziale Lage sowie ihre Erwerbsbeteiligung bereitstellt. Beim Mikrozensus handelt es sich um eine Flächenstichprobe, die ein Prozent aller Haushalte umfasst.

Privatschulen → Schulen in freier Trägerschaft

Schulen in freier Trägerschaft

Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) können von natürlichen oder juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts als Ersatz- oder Ergänzungsschulen errichtet und betrieben werden. Sie unterstehen der Aufsicht des Staates. Eine Ersatzschule dient als Ersatz für eine staatliche Schule, entsprechend wird an ihr die Schulpflicht erfüllt. Werden die Genehmigungsvoraussetzungen einer Ersatzschule auf Dauer erfüllt, so wird sie staatlich anerkannt. Sie ist damit zur Vergabe von Abschlüssen und Zeugnissen und der damit einhergehenden Berechti-

gungen befugt. Ergänzungsschulen wirken neben staatlichen Schulen ergänzend bei der Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schulen mit.

Sonderschulen

Die staatlichen Sonderschulen umfassen spezielle Sonderschulen (Förderschwerpunkte Hören, Sehen, Sprache, geistige, körperliche und motorische Entwicklung) sowie Förderschulen (Förderschwerpunkt Lernen). In Sonderschulen in freier Trägerschaft werden Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten häufig gemeinsam unterrichtet. In diesen Schulen sind auch Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt "emotionale und soziale Entwicklung" zu finden.

Sozialindex

Der Sozialindex (auch "Schulindex", "Belastungsindex" oder "KESS-Index") fasst rechnerisch eine Reihe von Umfeldbedingungen der Schulen zusammen, die im Rahmen der Hamburger KESS-Studie (Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern) ermittelt worden sind. Der Index reicht von 1 (sehr belastetes Umfeld) bis 6 (sehr günstiges Umfeld).

Staatliche Schulen

Staatliche Schulen stehen in der Trägerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg.

Zweiter Bildungsweg

Einrichtungen des zweiten Bildungsweges ermöglichen Erwachsenen den nachträglichen Erwerb eines allgemeinbildenden Schulabschlusses an staatlichen und privaten Einrichtungen. In Hamburg sind dies typischerweise Abendhauptschule, Abendrealschule, Abendgymnasium und Kolleg.

Kurzbezeichnungen

Länderkurzbezeichnungen		EFTA	European Free Trade Association (Euro-	
BW	Baden-Württemberg		päische Freihandelszone)	
BY	Bayern	ELKE	Erhebungen der Lernausgangslagen und	
BE	Berlin		der Kompetenzentwicklung an teilqualifi-	
ВВ	Brandenburg		zierenden Berufsfachschulen	
НВ	Bremen	EQR	Europäischer Qualifikationsrahmen	
HH	Hamburg	ESF	Europäischer Sozialfonds	
HE	Hessen	EU	Europäische Union	
MV	Mecklenburg-Vorpommern	FHH	Freie und Hansestadt Hamburg	
NI	Niedersachsen	FHReife -	Fachhochschulreife	
NW	Nordrhein-Westfalen	Foe	Förderschule	
RP	Rheinland-Pfalz	FOS	Fachoberschule	
SL	Saarland	FS	Fachschule	
SN	Sachsen	G	Grundschule	
ST	Sachsen-Anhalt	GER/CEFR	Gemeinsamer Europäischer Referenz-	
SH	Schleswig-Holstein		rahmen für Sprachen (Common	
TH	Thüringen		European Framework of Reference for	
		00	Languages)	
Waitara	Kurzbezeichnungen	GG	Grundgesetz	
		GHR	Grund, Haupt- und Realschule	
Amt B	Amt für Bildung der Behörde für Schule	GS	Integrierte Gesamtschule (auch: IGS)	
	und Berufsbildung	GS koop	Kooperative Gesamtschule (auch: KGS)	
Amt V	Amt für Verwaltung der Behörde für	GTS	Ganztagsschule	
	Schule und Berufsbildung	Gy	Gymnasium	
Amt W	Amt für Weiterbildung der Behörde für	Gy6st	6-stufiges Gymnasium	
4.0	Schule und Berufsbildung	Gy7st	7-stufiges Gymnasium	
AS	Allgemeinbildende Schulen	Gy8st	8-stufiges Gymnasium	
AufbGy	Aufbaugymnasium	Gy9st H	9-stufiges Gymnasium	
AVJ	Ausbildungsvorbereitungsjahr	п HIBB	Hauptschule	
Beo Gy	Beobachtungsstufe des Gymnasiums nach HmbSG	ПІВВ	Hamburger Institut für Berufliche Bildung	
Beo H/R	Beobachtungsstufe der Haupt- und Real-	HmbBesG	Hamburgisches Besoldungsgesetz	
	schule nach HmbSG	HmbBG	Hamburgisches Beamtengesetz	
BerGy	Berufliches Gymnasium	HmbSG	Hamburgisches Schulgesetz	
BBiG	Berufsbildungsgesetz	HmbSfTG	Hamburgisches Gesetz über Schulen in	
BFStq	Teilqualifizierende Berufsfachschule		freier Trägerschaft	
·	(auch: BFS-tg)	HR	Haupt- und Realschule	
BFSvq	Vollqualifizierende Berufsfachschule	HReife	Hochschulreife	
·	(auch: BFS-vq)	HwO	Handwerksordnung	
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung	IfBM	Institut für Bildungsmonitoring	
BIP	Bruttoinlandsprodukt	IGLU/PIRLS	Internationale Grundschul-Leseuntersu-	
BLK	Bund-Länder-Kommission		chung/Progress in International Reading	
BMBF	Bundesministerium für Bildung und For-		Literacy Study	
	schung	IHR	Integrierte Haupt- und Realschule	
BS	Berufsschule	(I)HR	Haupt- und Realschulen unter Einbezug	
BSB	Behörde für Schule und Berufsbildung		der integrierten Formen	
BSG	Behörde für Soziales, Familie,	IR-Klasse	Integrative Regelklasse	
	Gesundheit und Verbraucherschutz	ISEI	International Socio-Economic Index of	
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr		Occupational Status (Internationales	
BVS	Berufsvorbereitungsschule		sozioökonomisches Maß des beruflichen	
D	Deutschland		Status)	

IZBB	Investitionsprogramm "Zukunft, Bildung	Sek. I	Sekundarstufe I		
	und Betreuung"	Sek. II	Sekundarstufe II		
Jg.	Jahrgangsstufe	SEPL	Schulentwicklungsplan für die staat-		
JMS	Staatliche Jugendmusikschule		lichen Grund-, Haupt- und Realschulen,		
KESS	Kompetenzen und Einstellungen von		Gymnasien und Gesamtschulen in		
	Schülerinnen und Schülern		Hamburg		
Kita	Kindertageseinrichtung	SKG	Schulkindergarten		
KMK	Kultusministerkonferenz (Ständige Kon-	So	Sonderschule		
	ferenz der Kultusminister der Länder in	SpezSo	Spezielle Sonderschule		
	der Bundesrepublik Deutschland)	StaBa	Statistisches Bundesamt		
LAU	Aspekte der Lernausgangslage und der	SvS	Selbstverantwortete Schule		
	Lernentwicklung	TIMSS	Third International Mathematics and		
LI	Landesinstitut für Lehrerbildung und		Science Study (Dritte internationale		
	Schulentwicklung		Mathematik- und Naturwissenschafts-		
M	Mittelwert		studie) bzw. Trends in International		
OECD	Organisation for Economic Cooperation		Mathematics and Science Study		
	and Development (Organisation für wirt-	TZ	Teilzeit		
	schaftliche Zusammenarbeit und Ent-	ULME	Untersuchung von Leistung, Motivation		
	wicklung)		und Einstellung zu Beginn der beruf-		
PISA	Programme for International Student		lichen Ausbildung		
	Assessment	VSK	Vorschulklasse		
R	Realschule	Vst	Vorstufe		
REBUS	Regionale Beratungs- und Unterstüt-	VWE	Verwaltungseinheit		
	zungsstellen	VZ	Vollzeit		
SD	Standardabweichung				

Einleitung

1 Bildungsberichterstattung in Hamburg

Seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Ergebnisse richtet sich die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit verstärkt auf das Bildungswesen. Im Zuge dieser Entwicklung interessiert insbesondere die Frage, welchen nachweisbaren Beitrag das Bildungswesen zur Chancengleichheit, zur Wettbewerbsfähigkeit, zum selbstbestimmten Leben und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet. Bereits zum zweiten Mal ist 2008 der nationale Bildungsbericht Deutschland erschienen, der Stand und Entwicklung des deutschen Bildungswesens im Gesamtzusammenhang darstellt. Darüber hinaus haben bereits mehrere Bundesländer und einzelne Kommunen ihre ersten Bildungsberichte vorgelegt.

Ziel einer solchen Bildungsberichterstattung ist es, auf Stärken und Schwächen des Bildungssystems aufmerksam zu machen. Zugleich soll eine systematische Basis für die kontinuierliche Beobachtung der Entwicklungen und Perspektiven im Bildungssektor geschaffen werden. Dabei ist der Bedarf an aussagekräftigen Daten über Struktur und Wirkungen des Bildungswesens gestiegen. Insbesondere das Erfassen der Prozesse innerhalb der Bildungsverläufe, die eingestellt in spezifische Rahmenbedingungen zu verschiedenen Ergebnisse führen, stößt bislang jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten. Aber auch die Frage, welche Ressourcen und strukturellen Vorgaben in Bildungsinstitutionen einfließen und welche Ergebnisse und Effekte sich dabei einstellen, lässt sich nur beantworten, wenn viele Faktoren berücksichtigt und in komplexer Weise verknüpft werden. Die verschiedenen statistischen Jahrbücher können dieser Komplexität dabei nicht gerecht werden. Immer noch wissen wir in vielen Fällen zu wenig darüber, was wirklich in unserem Bildungssystem geschieht.

Der erste Hamburger Bildungsbericht ist ein wichtiger Schritt, diesem Mangel an systematisch und kontinuierlich verfügbaren Daten und verfügbarem Wissen zu begegnen. Somit liegt ein Einstieg in eine langfristig angelegte Bildungsberichterstattung vor. Anhand ausgewählter Indikatoren berichtet er über zentrale Rahmenbedingungen, Inputgrößen, Prozessverläufe und Ergebnisse bzw. Wirkungen im Bildungsbereich und verdeutlicht so Handlungsfelder der Bildungspolitik. Er richtet sich an die an Bildungsfragen interessierte Hamburger Öffentlichkeit, an die Akteure in den Bildungseinrichtungen und in der Bildungspolitik und an die Hamburger Verwaltung, der mit dem Bildungsbericht wichtige Steuerungsinformationen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Hamburger Bildungsberichterstattung ist Teil eines umfassenden Bildungsmonitorings, zu dem im Schulbereich auch die Schulinspektion, die zentralen Abschlussprüfungen, die Teilnahme an den internationalen Vergleichstests von PISA und IGLU bzw. TIMSS und die Evaluation von bildungspolitischen Maßnahmen gehören. Auf Stadtteilebene wird zukünftig auch ein regionalisiertes Bildungsmonitoring hinzukommen, das kleinräumig bildungsrelevante Informationen zusammenführt und aufbereitet. Zur Bündelung dieser Aufgaben hat die Behörde für Schule und Berufsbildung das Institut für Bildungsmonitoring (IfBM) eingerichtet, das auch den Bildungsbericht vorlegt.

2 Konzeptionelle Anlage des ersten Hamburger Bildungsberichts

In seiner Anlage orientiert sich der erste Hamburger Bildungsbericht an der nationalen Bildungsberichterstattung. Diese zeichnet sich durch drei zentrale Merkmale aus:

Das erste Merkmal ist die Leitidee einer "Bildung im Lebenslauf". Sie fordert, dass alle institutionalisierten Phasen der Bildung – von der frühkindlichen Bildung über Schul- und Berufsbildung bis hin zur Weiterbildung – in den Blick genommen werden. Entsprechend berichtet der Hamburger Bildungsbericht nicht nur über die allgemeinbildende Schule. Vielmehr soll der Weg des Individuums durch das institutionelle Gefüge des Bildungswesens und darüber hinaus auch ausgewählte Prozesse nonformaler und informeller Bildung sichtbar gemacht werden. Dieser hohe Anspruch kann mit dem ersten Hamburger Bildungsbericht noch nicht eingelöst werden. Ziel ist jedoch, die Leitidee einer "Bildung im Lebenslauf" im Rahmen einer langfristigen und regelmäßigen Berichterstattung nach und nach zu realisieren.

Das zweite Merkmal besteht in einer auf Dauer angelegten Berichterstattung, die auf Basis der amtlichen Statistik und weiterer Daten in regelmäßigen Abständen steuerungsrelevante Informationen zu allen Bereichen und Stufen des Bildungswesens liefert. Dabei wird durch gleichbleibende Berichtsthemen eine Konstanz in der Berichterstattung gewährleistet, die insbesondere Vergleiche im Zeitverlauf ermöglichen soll.

Das dritte Merkmal schließlich bezieht sich auf die Art der verwendeten Daten. Die Berichterstattung erfolgt auf Basis von Indikatoren. Indikatoren sind statistisch gesicherte Kennziffern, die für bestimmte Qualitätsaspekte stehen. Bei der Auswahl der Indikatoren stehen zwei Aspekte im Vordergrund: Zum einen geht es darum, unter vielen möglichen statistischen Kennzahlen diejenigen auszuwählen, die in besonderer Weise eine problemorientierte Betrachtung des jeweiligen Bereichs ermöglichen. Zum anderen sollen die Indikatoren auf fortschreibbaren Datensätzen basieren, um so eine regelmäßige Berichterstattung zu gewährleisten. Dieser Anspruch an die Qualität und Aussagekraft des Datenmaterials begrenzt allerdings gegenwärtig die Möglichkeiten der Berichterstattung. Nicht in allen Bereichen und für alle Problemstellungen liegen aussagekräftige Daten vor, zudem sind einige Entwicklungen derart komplex, dass sie nicht adäquat in Kennzahlen abgebildet werden können. Der erste Hamburger Bildungsbericht konzentriert sich deshalb auf eine Auswahl von Indikatoren; die Darstellung weiterer Indikatoren bleibt späterer Berichterstattung vorbehalten.

Auch in seiner Gestaltung orientiert sich der Hamburger Bildungsbericht an der nationalen Berichterstattung. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt auf Basis des sogenannten "Kontext/Input-Prozess-Output/Outcome-Modells". Es wird also davon ausgegangen, dass Bildungsprozesse stets mit Blick auf gesellschaftliche Gegebenheiten betrachtet werden müssen, die sie rahmen (Kontext). Abhängig sind die Bildungsprozesse darüber hinaus von dem, was in ein Bildungssystem an Ressourcen, Personen und Maßnahmen eingebracht wird (Input) und davon, wie das Geschehen innerhalb des Bildungssystems gesteuert wird (Prozesse). Dies alles steht in einem komplexen Verhältnis zu spezifischen Ergebnissen für das Individuum einerseits – wie z. B. in Form von Bildungsabschlüssen (Output) – und für die Gesamtgesellschaft andererseits – wie z. B. in Form einer verbesserten gesellschaftlichen Teilhabe oder gestiegener Wirtschaftskraft (Outcome). Bei der

Entwicklung der Indikatoren wurden alle diese Aspekte berücksichtigt und nach Möglichkeit in die Berichterstattung aufgenommen.

Darüber hinaus ist der Bericht so angelegt, dass bei jedem Indikator, so weit möglich, bestimmte Differenzierungsaspekte berücksichtigt werden. Die Stadt Hamburg umfasst auf engem Raum sozialstrukturell sehr unterschiedlich ausgeformte Gebiete. Um solche Unterschiede in den Blick zu bekommen und Informationen bereitstellen zu können, die auch für die regionale Steuerung der Bildungspolitik relevant sind, werden nach Möglichkeit Differenzierungen auf Stadtteilebene vorgenommen. Bei teilnehmerbezogenen Daten erfolgt eine Differenzierung nach Geschlecht, nach Migrationshinweisen und nach sozialem Hintergrund. Zusätzlich werden die Daten nach Möglichkeit in Zeitreihe berichtet. Allerdings zeigen sich dabei Grenzen: Regionalisierte Daten liegen nur in wenigen Fällen vor, differenziertere Migrationshinweise von Bildungsteilnehmern werden erst neuerdings systematisch, aber in den unterschiedlichen Bildungsbereichen nicht in gleicher Weise erhoben und zum sozialen Hintergrund lässt sich in vielen Fällen nichts sagen, da die amtliche Statistik die regelhafte Erhebung solcher Daten bei Bildungsteilnehmern nicht vorsieht. Auch hier gilt also, dass der erste Hamburger Bildungsbericht nur ein erster Schritt in einem langfristigen und umfangreichen Prozess sein kann.

Nicht zuletzt deshalb versteht sich der erste Hamburger Bildungsbericht auch als Arbeitsgrundlage für die Entwicklung einer Strategie zur Verbesserung der Datenlage. Denn ob Bildungspolitik Erfolg hat, hängt in entscheidender Weise davon ab, dass genaue Kenntnisse über Bildungsverläufe und damit über Stärken und Schwächen des Bildungssystems vorhanden sind. Dafür bedarf es künftig weiterer erheblicher Anstrengungen.

3 Gliederung

Eröffnet wird der Bildungsbericht durch das Kapitel A. Seine Funktion besteht darin, einen Überblick über die Rahmenbedingungen von "Bildung in Hamburg' zu vermitteln. Zunächst wird die 'Struktur des Bildungswesens in Hamburg' mit ihren möglichen Bildungswegen vorgestellt (A1). Es folgt eine Betrachtung der 'Strukturellen Rahmenbedingungen von Bildung in Hamburg' (A2) sowie der 'Bildungsausgaben' der Stadt Hamburg im Ländervergleich (A3). Abschließend wird über das 'Personal im staatlichen Hamburger Schulwesen' berichtet (A4).

Im Zentrum stehen dann die Kapitel B, C und D. Hier werden einzelne Bereiche des Bildungssystems vorgestellt und durch Indikatoren beschrieben. Im ersten Hamburger Bildungsbericht sind dies die Bereiche "Frühkindliche Bildung und Betreuung" (B), "Allgemeinbildende Schulen" (C) sowie "Berufsbildende Schulen" (D). Perspektivisch sollen in künftigen Berichten auch die Bereiche "Hochschule" (ohne Forschung) und "Weiterbildung" sowie nach Möglichkeit auch "Nonformale und informelle Bildung" berücksichtigt werden.

Für folgende Bildungsberichte ist darüber hinaus in einem Kapitel E der Blick auf zentrale Problemlagen in der Metropolregion Hamburg vorgesehen. Mit jährlich wechselndem Schwerpunkt und mit Blick auf aktuelle Forschungsergebnisse soll dabei eine kritische Einbettung der Ergebnisse des Hamburger Bildungsberichts vorgenommen werden.

4 Zur Datenlage

Eine erhebliche Herausforderung für die Bildungsberichterstattung ist der Mangel an belastbaren, kontinuierlich verfügbaren Daten. Der erste Hamburger Bildungsbericht verwendet Daten aus unterschiedlichen Quellen. Diese sind beispielsweise die Datenbestände des Statistischen Bundesamts, des Statistikamts Nord, der KMK, der Behörde für Schule und Berufsbildung sowie verschiedener weiterer Hamburger Behörden und Institute. Probleme entstehen vor allem dann, wenn Daten zu ähnlichen oder gleich benannten Sachverhalten zu unterschiedlichen Stichtagen erhoben und gleiche Begrifflichkeiten wie z. B. "Migration" unterschiedlich definiert werden. Diese Probleme treten zum Teil auch innerhalb von Behörden auf, da verschiedene Abteilungen, Projekte und Vorhaben Daten unterschiedlichen Zuschnitts verwenden und sich in dieser Hinsicht nur unzureichend abstimmen. Aus Sicht der einzelnen Bereiche sind unterschiedliche Datenkonzeptionen auch plausibel und sinnvoll, da jeweils völlig unterschiedliche Anforderungen erfüllt werden müssen. So sind für monetäre Betrachtungen nur Erhebungen und Auswertungen auf der Basis von Haushaltsjahren sinnvoll, während der Fokus aus pädagogischer Sicht auf Schuljahre gelegt wird.

Daten und Auswertungen aus unterschiedlichen Datenquellen sind also nur bedingt sinnvoll zu vernetzen; kleine quantitative Unterschiede zu gleichen Sachverhalten haben oftmals nur definitorische und erhebungstechnische Gründe.

Ein weiteres Problem bei der Betrachtung von Zeitreihen ist im Schulbereich die in den letzten Jahren geleistete Umstellung der sogenannten Herbsterhebung von Papiererhebungen (aggregierte Daten) auf die elektronische Erhebung (Schülerindividualdaten). Bei jeder Änderung der Erhebungsmethodik kann es zu geringen systematischen Unschärfen kommen, vor allem in den Jahren des Übergangs, wenn die beteiligten Stellen (z. B. Schulsekretariate) sich in das neue Verfahren einarbeiten müssen. Diese grundsätzlichen Probleme sind bekannt und werden bereits für Teilbereiche gelöst, z. B. im Projekt "Datawarehouse" der Behörde für Schule und Berufsbildung.

Um das strategische Potenzial der Bildungsberichterstattung zu erweitern, bedarf es zum einen einer gründlichen Optimierung der Datenbasen, zum anderen einer bildungsbereichsübergreifenden Datengewinnungsstrategie, die einen vernetzten und kontinuierlichen Blick auf Übergänge im Bildungssystem und die Zusammenschau von Problemlagen erst ermöglicht. Dazu gehört, aktuelle Datenlücken (z. B. im Schulbereich Daten zum Unterrichtseinsatz) konsequent zu schließen, die Datengrundlagen unterschiedlicher Bildungsbereiche systematisch zu vernetzen und das analytische Erklärungspotenzial, das in Individualdatensätzen liegt, besser als bisher zu nutzen.

5 Grenzen der Bildungsberichterstattung

Der Bildungsbericht steht in einem Spannungsfeld. Im Vordergrund steht das Ziel, das Bildungswesen des Stadtstaats Hamburg möglichst detailliert in seinen Besonderheiten und Ausprägungen darzustellen. Zugleich soll eine Anschlussfähigkeit an die nationale Bildungsberichterstattung gewahrt werden, um die Ergebnisse des Hamburger Bildungsberichts in einen größeren Kontext einordnen zu können. Ein Ländervergleich zur besseren

Einordnung von Ergebnissen ist jedoch aufgrund unterschiedlicher Datengrundlagen und unterschiedlicher Organisationsweisen des Bildungssystems oft problematisch. Der Hamburger Bildungsbericht nimmt daher Ländervergleiche nur in ausgewählten Fällen vor. Daraus folgt, dass sich die Aussagekraft der vorliegenden Ergebnisse vor allem durch die Einordnung und Bewertung von Kennzahlen im Zeitverlauf ergibt und damit eher langfristig entfaltet.

Der Bildungsbericht ersetzt ferner nicht die amtliche Statistik, die für die operative Steuerung der Bildungsbereiche oder die anlassbezogene Berichterstattung gegenüber der Bürgerschaft oder der Öffentlichkeit erforderlich ist. Während diese in der Regel auf der Ebene einzelner, nicht immer verbundener Kennziffern erfolgt, geht der Bildungsbericht grobkörniger, aber dafür mit dem Blick für Zusammenhänge und übergreifende Muster vor.

Schließlich ist darauf zu verweisen, dass der Hamburger Bildungsbericht ein Instrument der langfristigen systematischen Beobachtung des Bildungswesens darstellt. Erst in der Fortschreibung von Indikatoren, die über eine Reihe von Berichtsintervallen stabil gehalten werden, wird sich das analytische Potenzial entfalten können, so dass Entwicklungstrends herausgearbeitet werden können. Dieser Ansatz ist notwendigerweise mit einer gewissen Einbuße an Aktualität verbunden: Ereignisse mit kurzfristiger bildungspolitischer Relevanz oder Themen von unmittelbarer politischer Aktualität können und sollen nur dann aufgegriffen werden, wenn sie sich auch langfristig in den kennzahlenbasierten Ergebnissen widerspiegeln und damit systematisch relevant erscheinen.

6 Dank

Die Erstellung des Hamburger Bildungsberichts wäre ohne eine enge Kooperation zwischen Behörden und Ämtern – insbesondere dem Statistikamt Nord und der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz – sowie die Unterstützung vieler Einzelpersonen nicht möglich gewesen. Ihnen allen gilt unser Dank.